

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XXIII/150

Bonn, den 12. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
- 2	<u>Bonn und Ostberlin</u> Zu Ulbrichts Rede vor der Volkskammer	45
2	<u>Mitbestimmung</u> Unkreackbare Nuß für die CDU	26
3	<u>"...allen Unkenrufen zum Trotz"</u> Ruhrgebiet wird das "verkehrsnaßig modernste Industriegebiet Europas"	41
4	<u>Gesundheitsvorsorge auf der Tagesordnung</u> Erfolgreiche Initiativen der bayerischen Sozialdemokraten	53
5 - 6	<u>WEG OHNE AUSWEG?</u> Zur Krise der spanischen Kirche Von Johannes Ramm	65

* * *

*

Bonn und Ostberlin

Zu Ulbrichts Rede vor der Volkskammer

sp - Die Meinungsbildung in der Bundesrepublik über das Angebot Ulbrichts zur Frage eines Gesprächs zwischen den Regierungen der beiden Teile Deutschlands ist noch nicht abgeschlossen. Es wird noch eines genaueren Studiums, auch der Rede des Außenministers der DDR, Winzer, vor der Volkskammer bedürfen, um sagen zu können, ob in Ostberlin Vorstellungen entwickelt worden sind, deren weitere Erörterung für die Menschen in ganz Deutschland von Nutzen sein kann oder nicht.

Es ist bekannt, daß die Bundesregierung seit langem bereit ist, auf allen Ebenen Gespräche zwischen Ostberlin und Bonn über das jetzt von Ulbricht wieder zur Diskussion gestellte Thema ohne Vorbedingungen zu führen. Auch die neuen Vorschläge Ulbrichts zur Aufnahme von Gesprächen enthalten wieder eine Reihe von Vorbedingungen, deren Erfüllung jedes Gespräch zwischen Ostberlin und Bonn belasten würde.

Hier erhebt sich nun die Frage, wem damit gedient wäre, wenn man in Bonn zu den Vorschlägen von Ostberlin nichts anderes zu sagen hätte, als ein bedingungsloses NEIN. Könnte es sein, daß es politische Führungsgruppen in Ostberlin gibt, die ein solches NEIN erwarten, um sich ein Alibi für ihr Verhalten gegenüber allen Bemerkungen der Bundesregierung um Entspannung in Europa zu verschaffen? Oder umgekehrt: Würde ein vorbehaltloses JA der Bundesregierung dazu führen, daß andere politische Führungsgruppen in Ostberlin sagen, man brauche nur hartnäckig zu sein, um zu erreichen, daß "die in Bonn" nachgeben?

Unabhängig jedoch von diesen Überlegungen kann die Bundesregierung nur daran interessiert sein, daß endlich ein Gespräch zwischen Bonn und Ostberlin in Gang kommt; nicht wegen irgendeiner taktischen Überlegung, sondern einfach deswegen, weil die Regierung der Großen Koalition immer wieder und in jeder Situation ihre Bereitschaft zum Abbau der Spannungen zwischen dem Osten und dem Westen Europas und zur Verbesserung der Beziehungen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands unter Beweis zu stellen hat.

Natürlich liegen auf einem solchen Weg viele Hindernisse. Auf die

Dauer wird aber auch bei den Nachbarn Deutschlands in Ost und West immer deutlicher werden, wer weitere Hindernisse aufbaut und wer bestrebt ist, sie abzubauen. Dazu gehört auch die allgemein immer stärker werdende Erkenntnis, daß Vorbedingungen für Gespräche **n i e m a n d e m** etwas nutzen; am allerwenigsten den Deutschen in beiden Teilen Deutschlands.

In letzter Zeit hat man beobachten können, daß die Nachbarn Deutschlands es müde sind, ständig mit dem - wie sie es nennen - "Streit der Deutschen untereinander" belastet zu werden. Dies zu wissen, rechtfertigt die äußersten Anstrengungen für das Zustandekommen eines Gesprächs zwischen Ostberlin und Bonn, solange man uns nicht zumutet, daß wir Deutschen uns gegenseitig als "Ausländer" betrachten und entsprechend behandeln.

+ + +

Mitbestimmung

Unknackbare Nuß für die CDU

sp - Die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auch außerhalb der Bereiche der KONTAN-Industrie erweist sich für die CDU als eine im jetzigen Stadium unknackbare Nuß. Die Mitbestimmung wird zwar auch von den Sozialausschüssen, die sich gern als das soziale Gewissen der CDU bezeichnen, verlangt, wurde jedoch nach langen über den Programmentwurf dieser Partei geführten innerpolitischen Diskussionen abgelehnt. Der kommende Parteitag der CDU wird in dieser gesellschaftspolitisch so hoch bedeutsamen Frage keine Entscheidung fällen.

Ob eine Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts auf andere Großunternehmen, heißt es in dem Programmentwurf, möglich und sinnvoll sei, müsse sorgfältig geprüft werden, obwohl der vorhergehende Satz die Feststellung trifft, daß die Mitbestimmung in der KONTAN-Industrie, die die Arbeitnehmer in besonderer Weise an wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmungen beteiligt, nicht eingeschränkt werden dürfe. - Man sollte meinen, was für die KONTAN-Industrie gut ist, müßte auch etwa für die Großchemie-Unternehmungen nützlich sein - aber genau in dieser Frage scheiden sich die Geister innerhalb der CDU, wobei es nicht viel des Rätselratens bedarf, woher die Widerstände kommen. Das Argument, die Sache sei noch nicht ausdiskutiert, zündet nicht, denn neue Erkenntnisse sind auf diesem Gebiet nicht zu gewinnen. Die CDU wird sich jedoch um eine Entscheidung von höchster gesellschaftspolitischer Bedeutung nicht drücken können, wenn in absehbarer Zeit ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf über die Erweiterung der qualifizierten Mitbestimmung für Großunternehmen im Bundestag ansteht. Dann muß die CDU Farbe bekennen.

+ + +

"...allen Unkenrufen zum Trotz"

Ruhrgebiet wird das "verkehrsmäßig modernste Industriegebiet Europas"

kr - Das, was Bundesverkehrsminister Leber (SED) versprochen und auch jenes, was er gesehen habe, seien "allen Unkenrufen zum Trotz keine Potemkinsche Dörfer gewesen", konstatierte NRW-Landesminister Dr. Kohlhasse (FDP), kurz bevor Leber nach einer zweitägigen Besichtigungsfahrt durch das Ruhrgebiet erklärt hatte, nach Realisierung der vorhandenen Straßenbauprojekte werde das Revier das "verkehrsmäßig modernste Industriegebiet Europas."

In das projektierte Schnellstraßensystem zwischen Düsseldorf und Dortmund werden, so Leber, in den nächsten 15 Jahren fünf Milliarden DM investiert. Im Rahmen des neuen Strukturprogramms der Bundesregierung sind für den Emscherschnellweg 60 Millionen DM und die Schnellstraße Düsseldorf-Böchem-Dortmund weitere 10 Millionen DM eingeplant. Bis 1970 werden für den Emscherschnellweg insgesamt 291 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Beide Schnellstraßen werden zur Autobahn aufgestuft.

Erhält das Ruhrgebiet das engste und feinmaschigste Fernstraßennetz, strebt das Bundesverkehrsministerium ferner eine bessere Anbindung des Reviers an den südwest- und süddeutschen Raum an. Um dieses Ziel zu erreichen, wird bereits von 1972 ab eine neue Ruhrautobahn von Oberhausen über Wuppertal bis zur "Ruhrtangente Leverkusen-Kamener Kreuz" gebaut. Kein Bürger des Ruhrgebiets soll eines Tages nicht mehr als drei bis sechs Kilometer bis zur nächsten Autobahn zurücklegen müssen. Der Bundesverkehrsminister drängt ferner auf eine zügigere Vollendung der Sauerlandlinie von Dortmund nach Gießen und der Autobahn Ruhrgebiet-Kassel.

Das ist eine wahrhaft beispielhafte verkehrspolitische Konzeption, die sich mit der Verkehrsplanung der Landesregierung in Düsseldorf deckt. Für die Regierung Kühn und das größte Bundesland bedeuten die Absichten Lebers aber noch viel mehr: Sie identifizieren sich in westlichen Projekten mit dem Entwicklungsprogramm Ruhr und überhaupt mit der erklärten Absicht der NRW-Regierung, das industrielle Herzstück Deutschlands so attraktiv zu machen, wie irgend möglich, und alle Voraussetzungen für neue Strukturen zu schaffen.

Die so zitierten "Unkenrufe", welche ERW-Minister Kohlhasse in Erinnerung brachte, stammen aus der Mottenkiste der Düsseldorfer CDU-Opposition. Sie hat es niemals in letzter Zeit an Kritikasterei am Entwicklungsprogramm Ruhr fehlen lassen, ohne die Wahrheit zu bekennen: Neue Pläne und Impulse für das durch die Energiekrise hart getroffene Ruhrgebiet entstanden erst von dem Zeitpunkt an, als in Bonn die große Koalition gebildet wurde und in Düsseldorf Sozialdemokraten die Führung der Regierung übernahmen.

+ + +

Gesundheitsvorsorge auf der Tagesordnung

Erfolgreiche Initiativen der bayerischen Sozialdemokraten

spk - Durch zwei Anträge, die kurz vor den Ferien im Bayerischen Landtag eingereicht wurden, versucht die SPD, die Gesundheitsvorsorge stärker in Bewegung zu bringen. Sie fordert die Staatsregierung auf, dafür zu sorgen, daß alle Möglichkeiten zur Früherkennung von Zivilisationskrankheiten ausgeschöpft werden. Die Regierung soll besonders darauf hinwirken, daß weitere Vorsorgeuntersuchungen Pflichtleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Außerdem verlangt die SPD einen Bericht der Regierung, welche gesundheitspolitischen Maßnahmen für vordringlich gehalten werden, um die allgemeine Gesundheitsvorsorge auf einen den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechenden Stand zu bringen.

Um die zweckmäßigsten und erfolgversprechendsten Maßnahmen in der Gesundheitsvorsorge gibt es seit jeher Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und CSU. Während die Regierungspartei im Bayerischen Landtag in der Regel den Intentionen des Vorsitzenden der Bayerischen Landesärztekammer (zugleich Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung) folgt, und es im allgemeinen bei Aufklärungsbroschüren bewenden lassen möchte, setzt sich die SPD seit jeher für gezielte Maßnahmen ein. Sie hat schließlich einige wichtige Aktionen der Gesundheitsvorsorge durchgesetzt, deren Erfolg jetzt unbestritten ist. So gingen durch die Einführung der Tuberkulosenpflichtuntersuchung die Sterbefälle um die Hälfte zurück. Durch die Schluckimpfung gegen die Kinderlähmung - von der SPD beantragt und von der Regierung erst nach langem Zögern eingeführt - wurde diese Seuche nahezu ausgerottet. Die Aktion zur Erkennung der Zuckerkrankheit mittels eines sehr einfachen Testverfahrens, die ebenfalls von der SPD initiiert wurde und die sich mehr und mehr in Bayern durchsetzt, erwies sich auch als äußerst erfolgreich.

Gegenwärtig geht es um die Früherkennung von Krebs. Die SPD unterstützt die Maßnahme der AOK-Lindau; sie hat ferner die anderen Anstalten zu einer Nachahmung angeregt. Kürzlich hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund diesem Wunsch angeschlossen. Es ist zu hoffen, daß die Vertreterversammlungen bei den Ortskrankenkassen überall die Initiative ergreifen. Auch hier gehen die Meinungen noch stark auseinander. Die Kassenärztliche Vereinigung, die sich hinter dem Recht auf freie Arztwahl verschanzt, befürchtet offenbar eine Bresche in das Monopol der Honorarabrechnung. Tatsache ist jedoch, daß die Aufforderung der Aufklärungsbroschüren, zum Arzt zu gehen, nicht genügt. Abgesehen davon, daß solche Broschüren gumeist die Menschen gar nicht erreichen, bleiben sie in der Regel wirkungslos. Der Vorteil der von der AOK-Lindau durchgeführten Aktion besteht darin, daß die Mitglieder gebeten werden, innerhalb einer bestimmten Zeit zu einem bestimmten Arzt zu gehen. Durch die Unterstützung der Betriebe wird es den Beschäftigten dazu ermöglicht, sich während der Arbeitszeit untersuchen zu lassen. Damit wird derselbe Effekt erzielt, wie z.B. bei den Schluckimpfungen. Obwohl die Teilnahme hier wie dort völlig freiwillig ist, gelang es doch, eine große Wirkung zu erzielen. Das aber ist es doch wohl, was erreicht werden muß. Das Prinzip der freien Arztwahl ist in keiner Weise bedroht, denn es dürfte ohne weiteres möglich sein, jeden Arzt einzubeziehen, der es wünscht. - Durch die beiden Anträge der SPD ist die Möglichkeit gegeben, daß sich das Bayerische Parlament im Herbst mit den Fragen der Gesundheitsvorsorge wieder einmal gründlich beschäftigt.

WEG OHNE AUSWEG?

Zur Krise der spanischen Kirche

Von Johannes Ramm

Das beherrschende Thema der politischen Aktualität Spaniens ist die Verhaftung des Vorsitzenden der Katholischen Aktion der baskischen Stadt San Sebastian und einiger meist jüngerer Priester, denen der Vorwurf gemacht wird, sich maßgeblich an den Unruhen beteiligt zu haben, die seit einiger Zeit die baskischen Provinzen Spaniens erschüttern.

An dem Beispiel dieser Geistlichen wird ein Problem sichtbar, das in wenigen Jahren die politische Szene Spaniens entscheidend gewandelt hat. Bis vor nicht allzu langer Zeit schien die Einheit der spanischen Kirche gesichert. Mehr noch, sie schien unerschütterlich. Heute dagegen kann von einer Einheit der spanischen Ecclesia triumfans nicht mehr gesprochen werden. Die Grundlagen, die ihren inneren Zusammenhalt garantieren konnten, sind ins Wanken geraten. In der spanischen Kirche hat sich eine Bewusstseinsänderung, ja sogar Bewusstseinspaltung, vollzogen, die in ihrer Geschichte einmalig ist. Aus einer Ecclesia triumfans hat sie sich in eine Ecclesia militans verwandelt, deren "militanter" Geist sich nicht nur auf rein "geistigen" und "theologischer", sondern vor allem auf "weltlichem" Gebiet auswirkt.

Die fortschreitende Politisierung der spanischen Kirche hat vielschichtige Ursachen. Auf der einen Seite wurde diese Entwicklung durch die Auseinandersetzung des jüngeren Klerus mit der strengen katholischen Hierarchie Spaniens beschleunigt. Deren monolithische, dogmatische und weltfremde Haltung widersprach in steigendem Maße den Erfordernissen der Zeit. Die großen sozialen Spannungen und vor allem das wachsende soziale Gefälle zwischen Stadt und Land wirkten zusätzlich als Katalysator. Auf der anderen Seite wurde der Autoritätsschwund der kirchlichen Obrigkeit von den jüngeren Vertretern des spanischen Klerus für die Durchsetzung ihrer Ziele ausgenutzt. So entstand, anfangs fast unbemerkt, ein geistiges "Schisma", das langsam, aber unaufhaltsam auch äußere Formen anzunehmen begann. Junge

Bischöfe, junge Priester forderten die Befolgung des Geistes des Zweiten Vatikanischen Konzils. Die Kritik an der Autorität wuchs. Immer häufiger wurde sie auch öffentlich infrage gestellt.

Aber auch innerhalb der Hierarchie wuchsen die Spannungen und Gegensätze. Bemerkenswert ist, daß auch hier der Schwerpunkt der Diskussionen auf der sozialen Lage des Landes lag. So wird verständlich, daß die spanische Bischofs-Konferenz erst vor kurzer Zeit eine Resolution verfaßte, die das Streikrecht als untrennbaren Teil des ius naturalis forderte und die Gründung freier Gewerkschaften befürwortete. Mit diesem Schritt aber trat sie in offenen Konflikt mit den gültigen Gesetzen des Landes und dem Lieblingskind des Regimes: Den staatlichen Gewerkschaften, deren Führungskräfte vom Staate selbst bestimmt und eingesetzt werden.

Es kann nicht verwundern, daß sich auf diesem Hintergrunde spanische Geistliche auch an den illegalen "Comisiones obreras" beteiligten und den Kampf der baskischen Nationalisten unterstützten. Bedenklich muß allerdings stimmen, daß die anachronische Auseinandersetzung der baskischen Separatisten mit dem Staate Priester dazu bewegen konnte, sich direkt oder indirekt an Terrorakten zu beteiligen, die in mehr als einem Falle Menschenleben forderten. Hier wird ein anderer Wesenszug der heutigen spanischen Kirche sichtbar: Das revolutionäre Element, gesteuert von romantischen Emotionen, deren Leitbilder Mao und Ché Guevara heißen. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, daß die spanische Kirche von der latein- und mittelamerikanischen Impulse erhalten hat, die, in Spanien umgesetzt, wachsende Verwirrung schaffen. Es darf nicht vergessen werden, daß die spanische Öffentlichkeit, mit Ausnahme vielleicht der Basken und Katalonier, den Bemühungen des jungen Klerus und der jüngeren Bischöfe mit Mißtrauen begegnet.

Die weitgehend antiklerikale Einstellung des spanischen Volkes ist bekannt. Es ist daher erklärlich, daß heute in Spanien der Boden für großangelegte Reformbestrebungen der katholischen Kirche noch nicht fruchtbar sein dürfte. In dieser Hinsicht könnte allerdings eine tiefgehende wirtschaftliche Krise vieles ändern, deren Ausbruch bisher immer wieder verhindert werden konnte. Spaniens Priester revoltieren. Weg ohne Ausweg?